

Eingang:

Frankfurt, 26.05.2014

Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer

Weiterfinanzierung der integrationskursbegleitenden Kinderbetreuung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- a) Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt nachhaltig die Bemühungen des Magistrats, sich beim Bundesministerium des Inneren dafür einzusetzen, dass die integrationskursbegleitende Kinderbetreuung über den Oktober 2014 hinaus langfristig weiterfinanziert wird.
- b) Der Magistrat möge sich beim Deutschen Städtetag dafür einsetzen, dass eine gemeinsame Initiative aller Kommunen für die Weiterfinanzierung der integrationskursbegleitenden Kinderbetreuung gestartet wird.

Begründung:

Das Bundesministerium des Inneren will die integrationskursbegleitende Kinderbetreuung ab Oktober 2014 nicht weiter finanzieren. Der Verein infrau e. V. und die Lehrerkooperative führen seit dem Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes 2005 im Auftrag des BaMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) sehr erfolgreich Integrationskurse mit Kinderbetreuung durch.

Die Teilnehmerinnen sind zu 80 % alleinerziehende Mütter oder Mütter mit mehreren Kindern, dabei liegt der Anteil der unter Dreijährigen bei 90 %. Die angebotene Kinderbetreuung ist eine zentrale Voraussetzung, um diesen Müttern den Zugang zu den Sprach- und Integrationskursen zu ermöglichen.

In Frankfurt besuchen pro Jahr schätzungsweise 1.500 Frauen und 600 Kinder dieses Angebot.

Ein Großteil der Frauen, die ihre Babys und Kleinkinder nicht in einer kursbegleitenden Kinderbetreuung unterbringen können, würde nach eigener Aussage keinen Integrationskurs besuchen, sondern ihre Kinder zuhause betreuen, bis diese in den Kindergarten gehen können.

Auch der begrüßenswerte Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für unter Dreijährige ändert daran nur in begrenztem Umfang etwas – zum einen, weil er nicht für unter Einjährige gilt, zum anderen, weil viele Frauen ihre Kleinkinder gerne bis zum Kindergartenalter in ihrer Nähe wissen wollen. Bedingt durch nachfolgende Geschwisterkinder könnte sich der Besuch eines Sprachkurses so leicht um mehrere Jahre verzögern. Kann die Mutter aber ihren Säugling in einer Kinderbetreuung abgeben und ihn in den Kurspausen dann auch stillen, oder bei Bedarf auch zwischendurch nach ihm sehen, kann sie ihren Sprachkurs beendet haben, bevor ihr Kind in den Kindergarten kommt.

Auch für Mütter, die sich aufgrund einer speziellen Migrationsgeschichte in einer besonderen Situation befinden, muss die vielzitierte „Wahlfreiheit für Eltern“ gelten: sie sollen frei entscheiden dürfen welche Betreuungsform für ihre Familie die beste ist, ohne dass sie dadurch gesellschaftliche Nachteile in Kauf nehmen müssen.

Das Erlernen der Sprache ist ein anerkannt wichtiger Beitrag zur Integration.

Wer will, dass allen Frauen in Deutschland gesellschaftliche und berufliche Teilhabe möglich ist, muss sicherstellen, dass Frauen in Sprachkursen qualifiziert werden, egal ob sie Kinder haben oder nicht. Ein verspäteter Einstieg in einen Sprachkurs hat eine stärkere Abhängigkeit von Hilfssystemen oder von anderen Familienangehörigen zur Folge.

Die Finanzierung dieses integrations- und frauenpolitischen Instrumentes soll nun ersatzlos gestrichen werden. Das zuständige Bundesministerium für Inneres hat über das BaMF mitteilen lassen, dass es sich ab Oktober 2014 vollständig aus der Finanzierung der kursbegleitenden Kinderbetreuung verabschiedet. Seit Monaten ringen die Trägerinstitutionen von Sprachkursen in Frankfurt am Main mit der Kommune, dem Land und dem BaMF um eine Weiterfinanzierung – bisher ohne Erfolg.

Ziel ist es, die integrationskursbegleitenden Kinderbetreuungsmaßnahmen langfristig abzusichern.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli

Fraktionsvorsitzende

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele

Stv. Lothar Reiningger

Stv. Merve Ayyildiz

Stv. Dr. Peter Gärtner